



Bericht aus Berlin

03. Juni 2022

Liebe Freundinnen und Freunde,

die Ampel legt ihren ersten Haushalt vor – und das Ergebnis fällt tatsächlich noch ein Stück schlimmer aus als erwartet. Für die großen Fragen und Probleme unserer Zeit kennt diese Koalition nur eine Antwort: Schulden! Das Geld wird mit vollen Händen ausgegeben, um Interessen und Klientel der so unterschiedlichen Koalitionspartner zu befriedigen. Maß und Mitte sind dabei anscheinend völlig abhanden gekommen. Ein Blick auf die Zahlen macht schwindelig: Bei einem Haushaltsvolumen von knapp 500 Milliarden Euro ist eine Neuverschuldung von fast 140 Milliarden geplant. Geht es Ihnen auch so? Bei mir jedenfalls hat sich mittlerweile der Eindruck verfestigt, dass die Milliarde inzwischen die kleinste buchhalterische Einheit im Kassenbuch des Staates ist. Wer braucht da noch Ideen, durchdachte Strategien, verantwortungsvolle Politik, die nicht zu Lasten künftiger Generationen geht? Anscheinend niemand. Hier eine Milliarde, dort zehn oder doch gleich 50 – Problem gelöst, besondere Umstände erfordern eben besondere Ausgaben. Jeder von uns, der in der Kommunalpolitik Erfahrung gesammelt und gelernt hat, die Ausgaben am Möglichen auszurichten, kann eigentlich nur fassungslos den Kopf schütteln. Schon im ersten Regierungsjahr setzt die Ampel alles daran, die solide finanzielle Basis, die sich unser Land in den vergangenen Jahren aufgebaut hat, bedenkenlos zu verpulvern.

An dieser Stelle stellt sich natürlich eine Frage: Kritik aus der Opposition heraus ist einfach – würde die Union es besser machen? Ja, sie würde! Wir als CDU/CSU-Fraktion haben ein genau durchgerechnetes Konzept vorgelegt, das in dieser schwierigen Zeit natürlich nicht ohne neue Schulden auskommt – aber es würde die Neuverschuldung um gut 88 Milliarden Euro reduzieren.

Und das bei einem Maßnahmenkatalog, der der durch Corona, Ukraine-Krieg und galoppierenden Inflation geprägten Ausnahmesituation Rechnung trägt. Unsere Ansätze reichen im Steuersystem von der Bekämpfung der kalten Progression und der Absenkung der Stromsteuer über eine faire Energiepreispauschale auch für Rentner und Studenten sowie Unterstützung für junge Familien bis hin zur vollständigen Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Das sind Maßnahmen, die ausgewogen sind, die Wirkung zeigen und direkt beim Bürger ankommen.

Zum Markenkern der Union gehört Wahrheit und Klarheit, wenn es um die Finanzen des Staates geht. Bei seiner spektakulären Neuverschuldung verfügt der Bund über bilanzierte Rücklagen - also ein Guthaben! - von aktuell 48,2 Milliarden Euro. Finanzminister Linder scheint diese stattliche Summe als Notgroschen zu betrachten, der sich ganz nach Bedarf für weitere außerplanmäßige Ausgaben nutzen lässt. Für die Union ist das ein Unding: Eine schwierige Haushaltslage verlangt nach einem echten Kassensturz. Alle Zahlen müssen auf den Tisch, vorhandene Rücklagen müssen selbstverständlich zur Deckung von Staatsausgaben verwendet werden. Aus gutem Grund erlaubt unser Grundgesetz Ausnahmen von der Schuldenbremse nur in echten Notsituationen – die Schaffung von zusätzlicher Manövriermasse für einen von schlechten Wahlergebnissen gebeutelten Finanzminister gehört eindeutig nicht in diesen Bereich. Zumal dieses Vorgehen eindeutig System hat: Schon im Nachtragshaushalt für 2021 wurden mal eben 60 Milliarden Euro, die in die Bekämpfung der Corona-Folgen fließen sollten, für andere Ampel-Projekte umgewidmet.

Bericht aus Berlin

03. Juni 2022

Gegen dieses Manöver, für das die Bezeichnung „Taschenspieler-Trick“ fast schon euphemistisch ist, klagt die Union in Karlsruhe – ich denke mit guten Aussichten auf Erfolg.


Die Tendenz zu unkontrollierten Ausgaben in Milliardenhöhe und freihändiger Umwidmung von zweckgebundenen Mitteln zeichnete sich beim Sondervermögen für die Bundeswehr bereits ebenfalls ab. Dem hat die Union allerdings mit hartem Verhandeln erfolgreich einen Riegel vorgeschoben. Die veranschlagten 100 Milliarden Euro fließen nun ausschließlich in die Ausstattung der Truppe. Andere – zum Teil sicherlich sinnvolle – Vorhaben wie Cybersicherheit, Zivilschutz und die Unterstützung von Partnerstaaten müssen aus dem regulären Haushalt bezahlt werden. Die nötigen Investitionen in die Bundeswehr folgen einem strikten Wirtschaftsplan und werden von einem Kontrollgremium überwacht. Das 2%-Ziel der NATO wird garantiert und nach Abschluss der Investitionen aus dem Sondervermögen durch Mittel aus dem regulären Haushalt weiter eingehalten. In all diesen Punkten zeigt sich klar die Handschrift der Union. Es tut gut, endlich Klarheit und Verbindlichkeit bei einer derart wichtigen Investition für unser Land zu haben.

Schließen möchte ich mit einem Stoßseufzer, der sich allmählich zu einem absolut überparteilichen Leit-/Leidmotiv dieser Legislaturperiode entwickelt: „Das Problem sitzt im Kanzleramt!“ Vor mehr als einem Monat hat der Bundestag mit großer Mehrheit die Lieferung von schweren Waffen an die Ukraine beschlossen und die Regierung zu zügigem Handeln aufgefordert. Geschehen ist bisher außer wohlklingenden Ankündigungen – nichts. Die Ukraine verteidigt sich mit dem Wenigen, was sie hat, gegen einen übermächtigen Angreifer.

Andere Staaten wie die USA finden pragmatische Lösungen, um die benötigten Waffen zu liefern, ohne die NATO einer Kriegsgefahr auszusetzen. Und bei uns? Wird wieder einmal gezögert, gezauert und Bedächtigkeit vorgeschoben, wo Mut und Wille zu Entscheidungen fehlen. Führung - im Großen wie im Kleinen - ist von diesem Kanzler nicht zu erwarten. Also gut Herr Scholz: Wenn sie selbst nicht führen wollen, dann führen sie doch bitte wenigstens aus, was Ihnen das Parlament ins Aufgabenbuch geschrieben hat. Respektieren Sie die Entscheidung des Deutschen Bundestages und bringen Sie endlich die dringend benötigte Hilfe für die Ukraine auf den Weg!

In seinem Bericht an die Bundestagsfraktion, den ich Ihnen und Euch in der Anlage übersende, geht der Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz MdB, auf folgende Themen ein:

- Bundeshaushalt 2022: Die Bundesregierung setzt auf Schulden statt Prioritäten.
- 100 Milliarden Euro Sondervermögen für die Bundeswehr: Unser 6:0 Verhandlungserfolg.

Ihr/Euer




Friedrich Merz MdB, Vorsitzender

Bericht des Vorsitzenden

zur Sitzung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

am 30. Mai 2022

20. WP/ 14

I. Kernbotschaften der Woche

Bundeshaushalt 2022: Die Bundesregierung setzt auf Schulden statt Prioritäten.

Der vorliegende Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2022 wird den Herausforderungen der Gegenwart nicht gerecht. Die Bundesregierung setzt auf Schulden, Schulden, Schulden. Für den Koalitionsfrieden wird Geld mit der Gießkanne verteilt. Die angekündigte Zeitenwende, die eine echte Prioritätensetzung erfordert hätte, fällt somit aus. Auch liefert der Bundeshaushalt keine Antworten auf die hohe Inflation, unter der viele Menschen ganz konkret leiden. Die hohe Neuverschuldung belastet über unnötig hohe Tilgungen und Zinsen zukünftige Generationen. Statt eine zielgerichtete Personalbremse durchzusetzen, wird der Staatsapparat immer weiter aufgebläht. Statt einer ehrlichen Neubewertung des Koalitionsvertrages hat sich die Regierung für ein buntes Wunsch-dir-was entschieden. All dies führt zu fehlenden Weichenstellungen durch die Ampel und im Ergebnis zu einem Haushalt der vertanen Chancen. Die Zeitenwende fällt aus.

Nach unserer Auffassung wäre eine Senkung der Neuverschuldung im Umfang von 88 Mrd. Euro möglich – trotz des von uns geforderten Entlastungspaketes mit einem Volumen von 40 Mrd. Euro. Das hierfür erforderliche Auflösen einer aus den Haushaltsüberschüssen der Jahre 2015-2019 gespeisten Rücklage (48,2 Mrd. Euro) und ein Rückabwickeln des aus unserer Sicht verfassungswidrigen 2. Nachtragshaushaltes 2021 (60 Mrd. Euro) ist geboten.

100 Milliarden Euro Sondervermögen für die Bundeswehr: Unser 6:0 Verhandlungserfolg.

Am Wochenende wurde ein sehr wichtiger Verhandlungserfolg erzielt – und zwar für die Bundeswehr. Das geplante Sondervermögen in Höhe von 100 Mrd. Euro kommt ausschließlich der Bundeswehr zugute. Nachdem das Sondervermögen in Anspruch genommen wurde, werden weiter die

erforderlichen Mittel zur Erreichung der dann gültigen NATO-Fähigkeitsziele bereitgestellt. So schaffen wir die Voraussetzungen für eine nachhaltige Stärkung und bessere Ausstattung der Bundeswehr. Die Realisierung des Sondervermögens wird von einem beratenden Gremium des Haushaltsausschusses konstruktiv-kritisch begleitet. Noch vor der parlamentarischen Sommerpause wird eine Initiative zur Beschleunigung der Beschaffung auf den Weg gebracht werden. Auch eine Tilgung innerhalb eines angemessenen Zeitraums wurde vereinbart.

Unsere sechs Kernforderungen haben wir somit alle durchgesetzt. Unsere Mannschaft ist geschlossen auf den Platz gegangen und hat einen 6:0 Verhandlungserfolg erreicht.

Ukraine: Bundeskanzler Scholz mauert weiter bei Waffenlieferungen und missachtet den ausdrücklichen Willen des Parlaments.

Am 28. April 2022 hat der Deutsche Bundestag die Bundesregierung zur intensiven Unterstützung der Ukraine, zur Lieferung auch schwerer Waffen für die Verteidigung gegen den russischen Angriffskrieg aufgerufen. Der Beschluss erfolgte mit überwältigender Mehrheit, mit unseren Stimmen als CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie denen der Regierungsfractionen. Die Bundesregierung hat diesen eindeutigen Auftrag des Parlaments bisher ignoriert. Stattdessen hören wir von den Koalitionären widersprüchliche Aussagen zu vermeintlichen Absprachen innerhalb der NATO – von denen außerhalb der Bundesregierung offenbar noch niemand gehört hat.

Bei allem offenen Streit in der Koalition ist klar: Das Problem sitzt im Kanzleramt. Bundeskanzler Scholz bremst effektive Waffenlieferungen weiter aus. Er missachtet den klaren Willen des Parlaments. Das Ansehen Deutschlands bei unseren Verbündeten ist auf einem Tiefpunkt. Wir werden den politischen Druck weiter erhöhen, damit dem Beschluss des Deutschen Bundestags vom 28. April 2022 endlich auch Taten der Bundesregierung folgen.

II. Die Woche im Parlament

Gesetz zur Erhöhung des Schutzes durch den gesetzlichen Mindestlohn und zu Änderungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung. In abschließender zweiter und dritter Lesung befassen wir uns mit dem o.g. Gesetz. Mit dem Entwurf der Ampel soll insbesondere der Mindestlohn auf 12 Euro pro Stunde (brutto) angehoben werden – ab dem 1. Oktober 2022. Unsere Einwände richten sich nicht gegen die Höhe des Mindestlohns. Ein Mindestlohn in Höhe von 12 Euro ist richtig, um Beschäftigte vor

unangemessen niedrigen Löhnen zu schützen. Der von der Bundesregierung geplante Weg, die politische Festlegung der Höhe des Mindestlohns ohne Einbindung der mit dem Mindestlohngesetz von 2014 geschaffenen Mindestlohnkommission – in der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und die Wissenschaft vertreten sind – ist dagegen falsch. Denn die Lohnfindung liegt in unserer sozialen Marktwirtschaft in den Händen der Sozialpartner und nicht beim Staat. Die Mindestlohnkommission ist eine gut begründete Ausnahme. Mit dem Gesetz werden die Kommission und die Sozialpartner entmachtet. Das Lohngefüge in einer Vielzahl von Tarifverträgen muss neu justiert werden. Damit schwächt die Ampelkoalition – entgegen ihrer eigenen Verabredung im Koalitionsvertrag – die Sozialpartnerschaft und die Tarifautonomie in Deutschland. Wir werden uns deshalb bei der Abstimmung enthalten und legen unsere Vorstellungen sowie ergänzende Vorschläge in einem ausführlichen **Entschließungsantrag** dar.

Beschluss des Bundestages gemäß Artikel 115 Absatz 2 Satz 6 und 7 des Grundgesetzes. Der Ampel-Entwurf für den Bundeshaushalt sieht eine Neuverschuldung von knapp 140 Mrd. Euro vor – und damit mehr als nach der Schuldenbremse des Grundgesetzes eigentlich zulässig. Aus diesem Grund muss der Bundestag erneut mit Kanzlermehrheit die Ausnahme von der Schuldenbremse gemäß Artikel 115 Absatz 2 des Grundgesetzes beschließen. Aufgrund der fortbestehenden Auswirkungen Corona-Pandemie liegt nach Auffassung der Regierungskoalition eine außergewöhnliche Notsituation vor, die sich der Kontrolle des Staates entzieht und die wiederum den Beschluss gem. Art. 115 Absatz 2 des Grundgesetzes rechtfertigt.

Gesetz zur Rentenanpassung 2022 und zur Verbesserung von Leistungen für den Erwerbsminderungsrentenbestand. Die Ampel hat in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, den Nachholfaktor in der Rente wieder einzuführen und Verbesserungen für Bestands-Erwerbsminderungsrentner vorzunehmen. Mit dem in zweiter und dritter Lesung zu beratendem Gesetzentwurf sollen diese Maßnahmen nun umgesetzt werden. Aus Sicht unserer CDU/CSU-Bundestagsfraktion sind die Verbesserungen für Bestands-Erwerbsminderungsrentnerinnen und -rentner zu begrüßen. Diese konnten bisher nicht von den Verbesserungen profitieren, die durch gesetzliche Änderungen 2014 und 2018 den neuen Erwerbsminderungsrentnern zugutekamen. Kritisch zu sehen ist jedoch, dass diese Änderungen erst zum 1. Juli 2024 in Kraft treten. Dieser Zeitpunkt erscheint zu spät und sollte vorgezogen werden. Mit Blick auf die Generationengerechtigkeit und die Zukunftsfähigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung begrüßen wir auch die Wiedereinführung des Nachholfaktors im Grundsatz. Die Rentnerinnen und Rentner werden damit im Sinne des Grundprinzips der dynamischen Rente wieder stärker an der

allgemeinen Lohnentwicklung beteiligt – auch im negativen Sinne bei einer sinkenden Lohnentwicklung. Die im Gesetzentwurf der Bundesregierung vorgesehene Streichung eines Teils der Bundeszuschüsse an die Rentenkasse sehen wir kritisch. Sie beeinträchtigt die nachhaltige Finanzierung der allgemeinen Rentenversicherung. Zur Aufhebung dieser Streichung stellen wir im Plenum des Bundestages einen **Änderungsantrag**.

III. Wichtige Termine und Ausblick

1. Inland:

- 30. Mai: Mitteilung zur Inflationsrate (Stat. Bundesamt),
- 31. Mai: Wahl Boris Rhein zum hessischen Ministerpräsidenten,
- 31. Mai: Arbeitsmarktzahlen (Bundesagentur für Arbeit),
- 2. Juni: Ministerpräsidentenkonferenz.

2. EU/Außen:

- 30./31. Mai: Europäischer Rat (Themen: Ukraine, Verteidigung, Energie, Nahrungsmittelsicherheit),
- 31. Mai: Kongress der Europäischen Volkspartei in Rotterdam
- 2./3. Juni: Verkehrs-/Telekommunikationsministerrat,
- 3. Juni: Handelsministerrat (Themen: Vorbereitung WTO Ministerkonferenz, USA, China),
- 5. Juni: 75. Jahrestag der Rede des US-Außenministers George C. Marshall zum Wiederaufbau Europas.